

# 11. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sommersession 2014



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  4. Aktualitäten

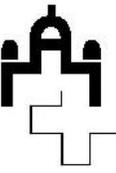
---

## **1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr**

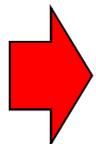
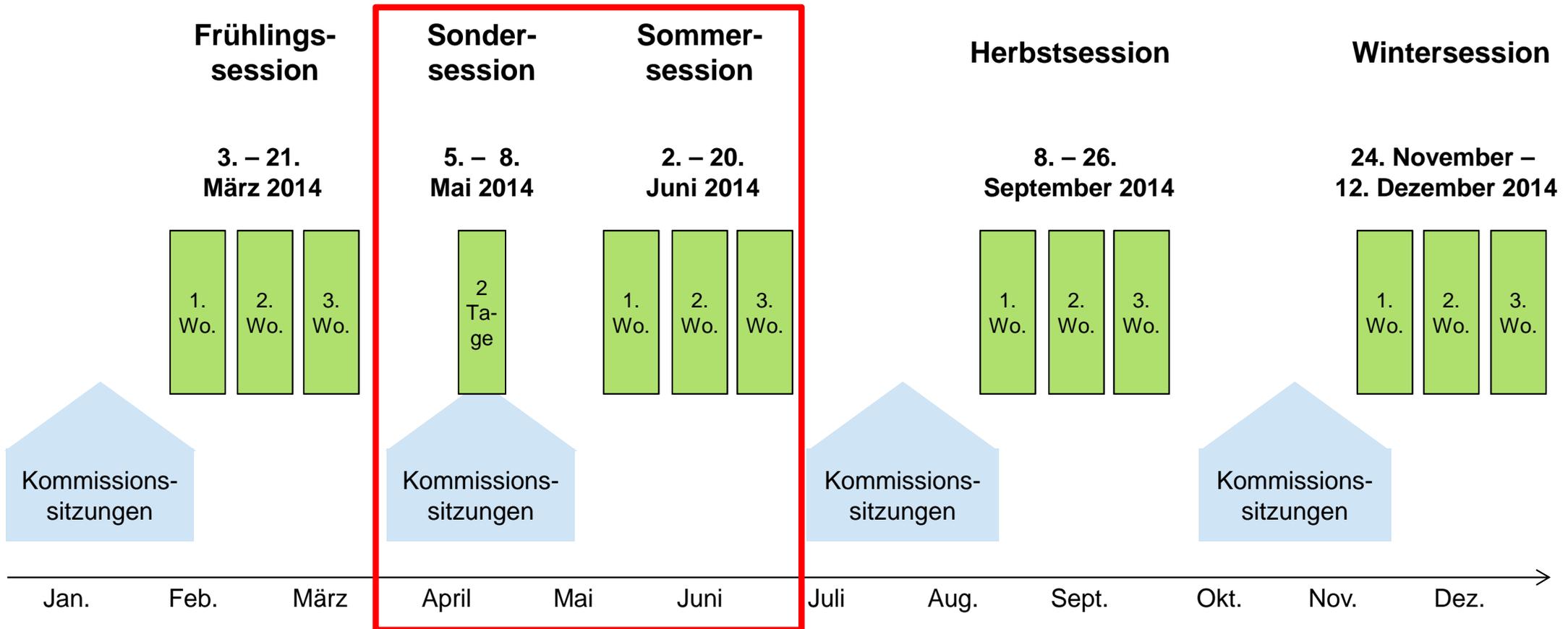
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

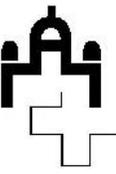
4. Aktualitäten



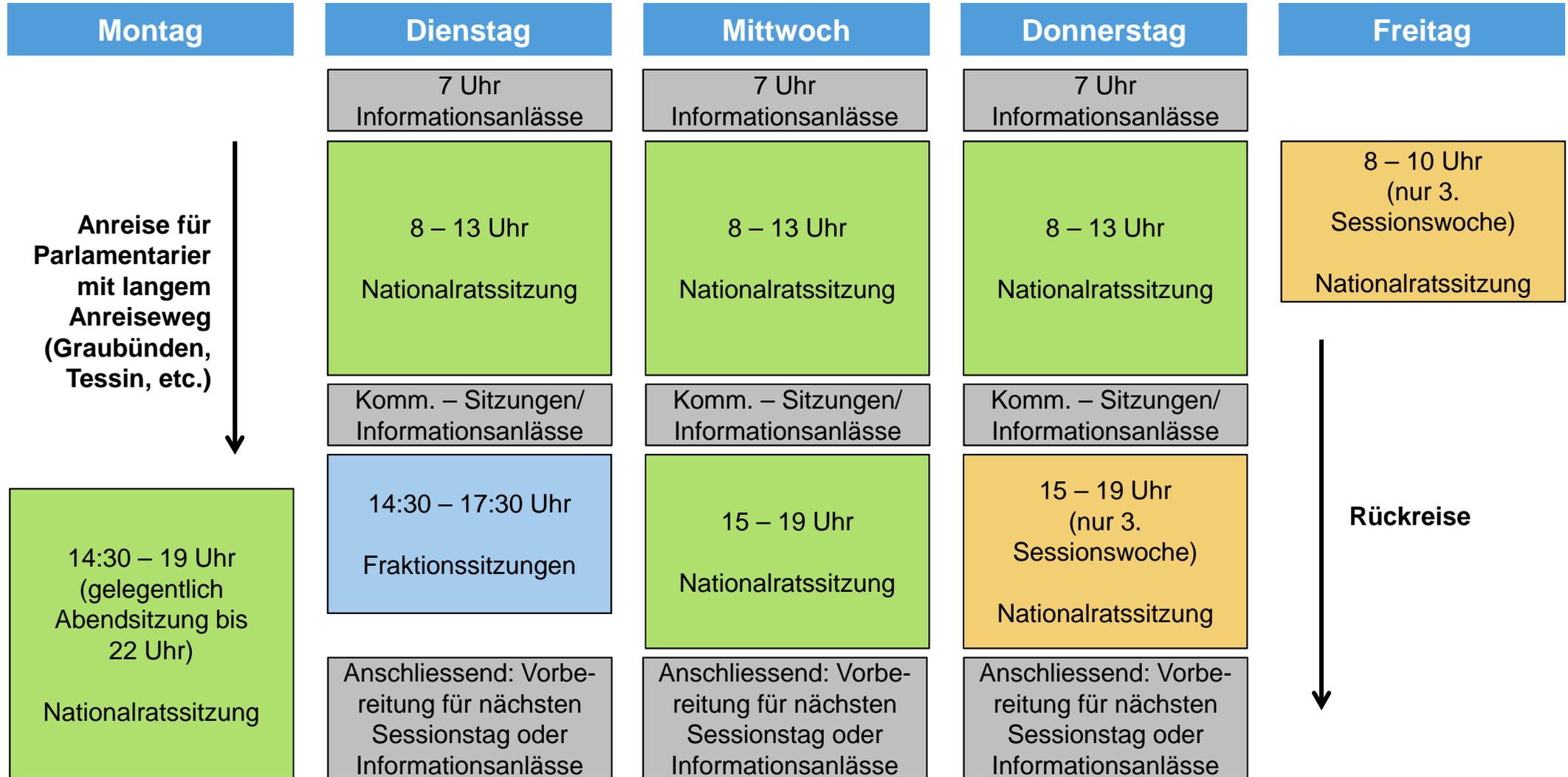
# In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sonder-/Sommersession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

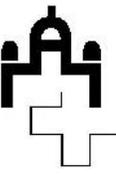


Zusätzlich zu den Sessions und Kommissionssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt

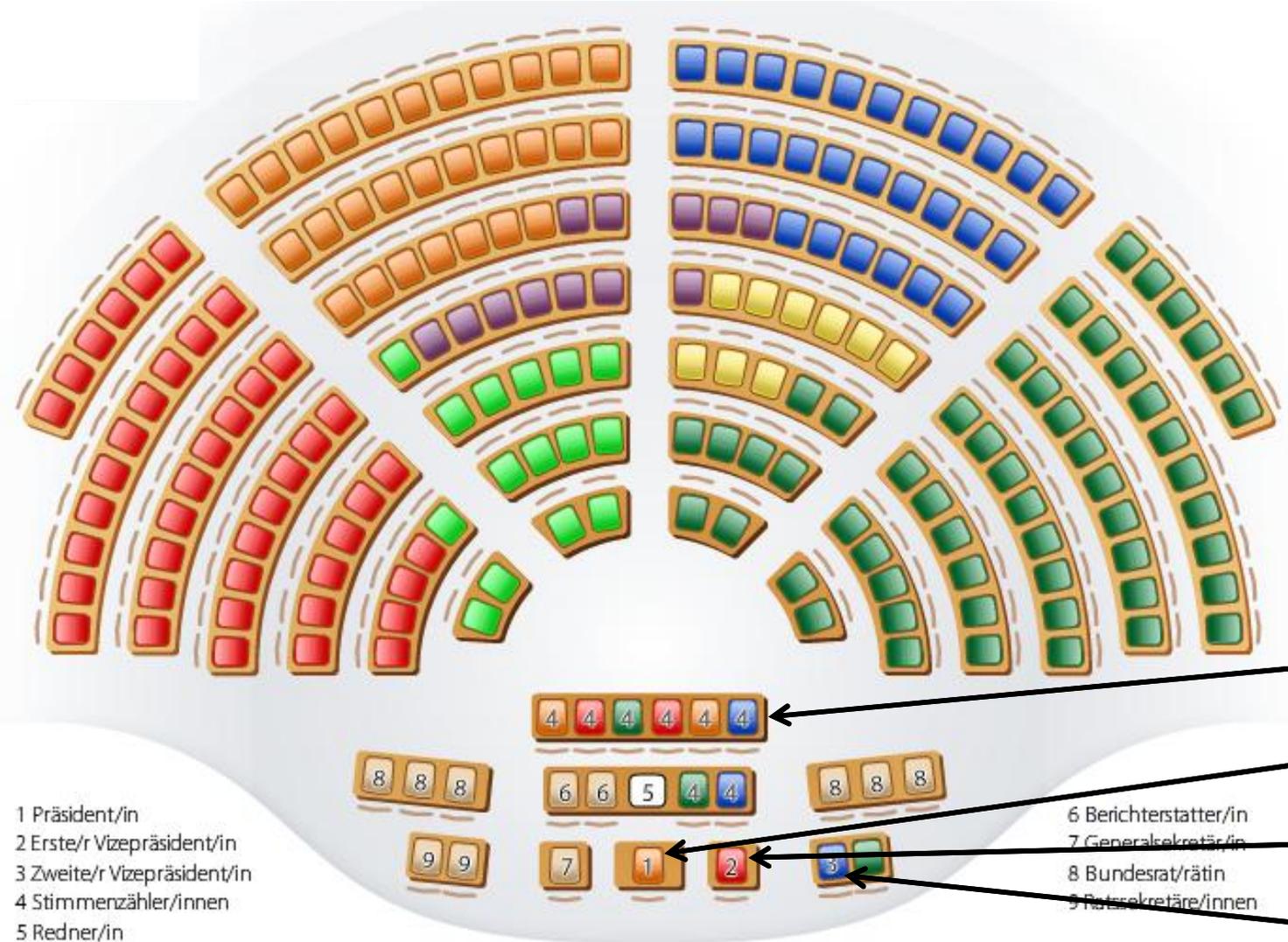


# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





# Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP



Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
<b>SVP:</b>	<b>57</b>
SP:	46
CVP/EVP:	31
FDP:	30
Grüne:	15
GLP:	12
BDP:	9

8 Stimmzähler

Präsident (CVP)

1. Vizepräsident (SP)

2. Vizepräsident (FDP)

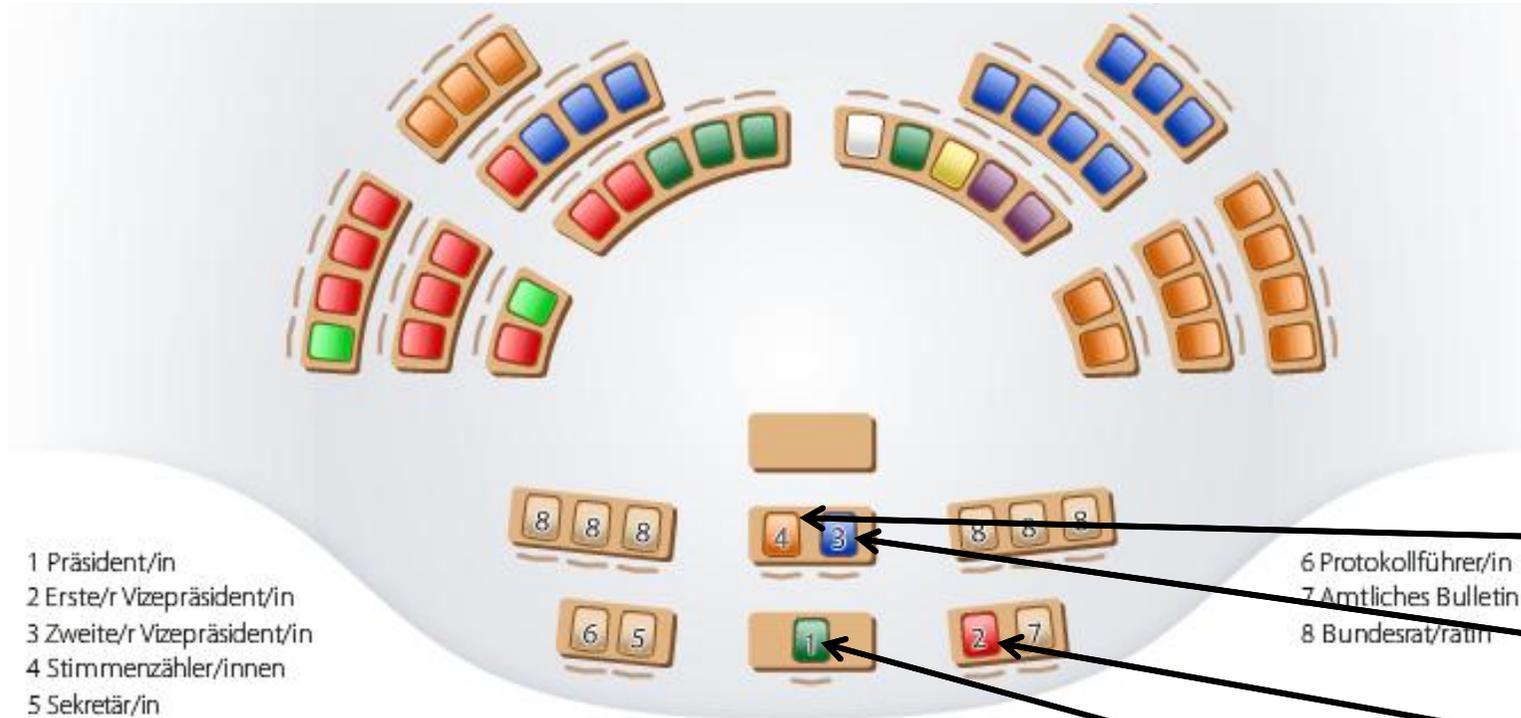
- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Redner/in

- 6 Berichterstatter/in
- 7 Generalsekretär/in
- 8 Bundesrat/rätin
- 9 Ratsekretäre/innen

Quelle: [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)

# Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP

Stärke der Fraktionen im Ständerat	
CVP/EVP:	13
SP:	11
FDP:	11
<b>SVP:</b>	<b>6</b>
Grüne:	2
GLP:	2
BDP:	1



- Stimmzähler
- 2. Vizepräsident (FDP)
- 1. Vizepräsident (SP)
- Präsident (SVP)

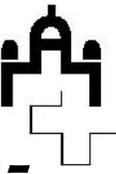
---

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



# Die untenstehenden Geschäfte waren die bedeutendsten der Sonder-/Sommersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Vereidigungen
- 2 ECOPOP Initiative
- 3 Bürgerrechtsgesetz
- 4 Auslandschweizergesetz
- 5 Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)
- 6 Financial Action Task Force (Groupe d'Action financière, GAFI)
- 7 Kindesunterhalt
- 8 Präimplantationsdiagnostik
- 9 Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und beim Agglomerationsverkehr
- 10 Diverse weitere Geschäfte

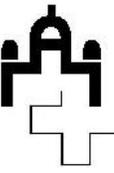
# Vor den Wahlen 2015 kommt es in diesem Jahr in zahlreichen Parteien zu Rochaden

## Worum es geht

## Ergebnis in den Räten

- Die Parlamentarier Hans Kaufmann (SVP/ZH), Markus Hutter (FDP/ZH), Josiane Aubert (SP/VD) und Christoph Blocher (SVP/ZH) haben ihren Rücktritt bekannt gegeben.
- Am ersten Sessionstag der Sommersession wurden folgende drei Personen als neue Nationalräte vereidigt (von links nach rechts): Rebecca Ruiz (SP/VD), Beat Walti (FDP/ZH) und Thomas Matter (SVP/ZH). Bereits in der Sondersession vereidigt wurde Ernst Schibli (SVP/ZH).
- Im Ständerat wurde Werner Hösli als neuer Ständesvertreter des Kantons Glarus vereidigt. Der SVP-Politiker tritt die Nachfolge seines Parteikollegen This Jenny an.





# Die ECOPOP Initiative wird nach dem Ständerat auch durch den Nationalrat zur Ablehnung empfohlen

## Worum es geht

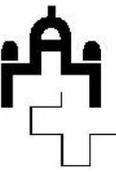
- Die ECOPOP Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» verlangt, dass die jährliche Nettozuwanderung, also Einwanderer minus Auswanderer auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung begrenzt wird. Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von 16'000 Personen im Jahr.
- Die ECOPOP Initiative verlangt in einem zweiten Punkt, dass der Bund zehn Prozent seiner bestehenden Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in die Förderung der freiwilligen Familienplanung investiert. Gemeint sind damit verbesserte Aufklärung und der Zugang zu Verhütungsmitteln.

## Position der SVP

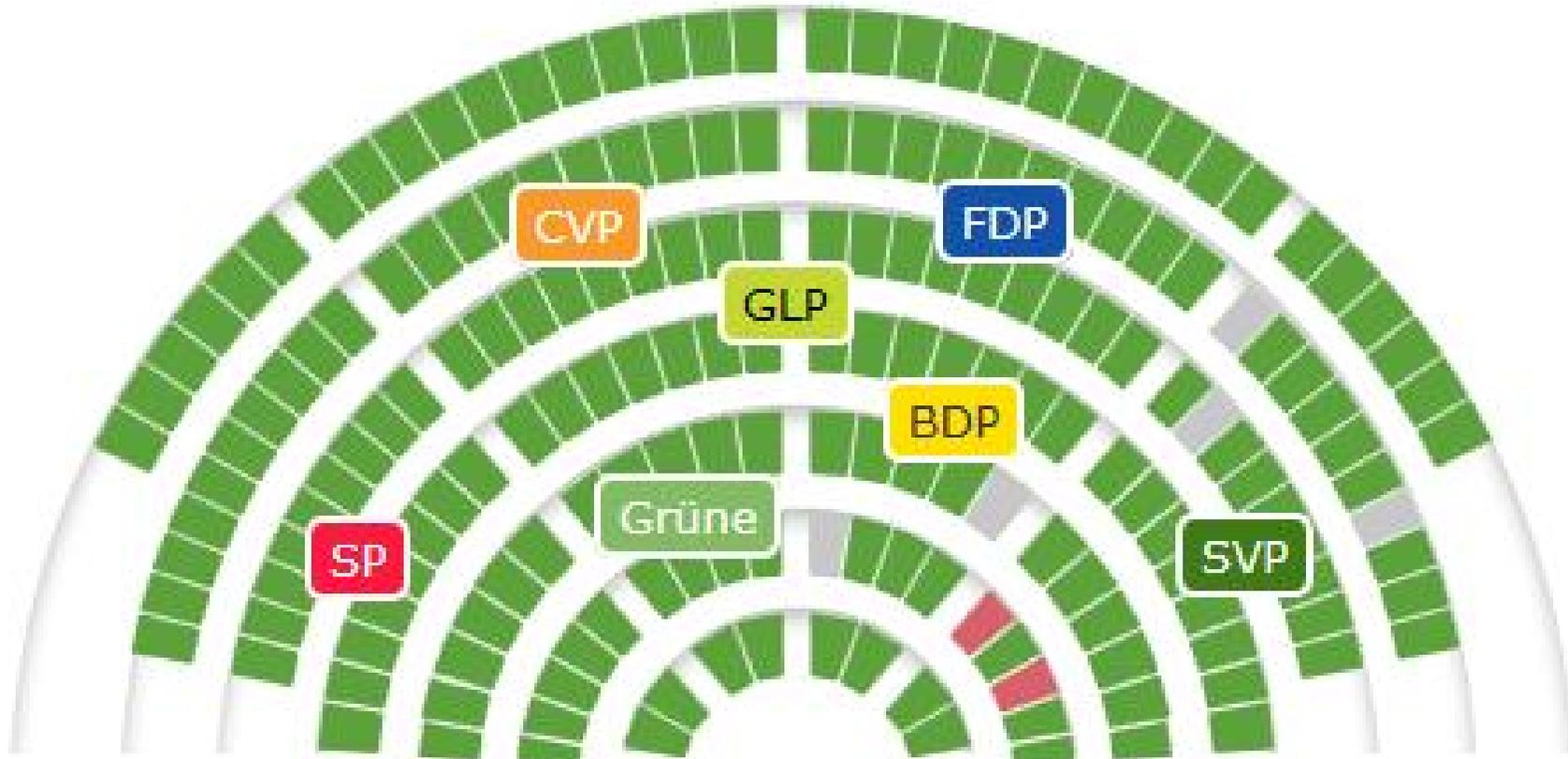
- Nach Annahme der SVP Masseneinwanderungsinitiative hat sich das Volk für die Begrenzung der Zuwanderung ausgesprochen. Die SVP wird sich nun mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Masseneinwanderungsinitiative in ihrem Sinn umgesetzt wird. Die ECOPOP Initiative ist für die SVP zu wenig flexibel. Zudem macht die Idee, dass durch eine Förderung der freiwilligen Familienplanung im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit die Einwanderung reduziert werden könne, wenig Sinn.

## Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat hat als Erstrat die ECOPOP Initiative "Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" beraten und empfiehlt diese mit 39 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung zur Ablehnung.
- Nach dem Ständerat hat am Donnerstag auch der Nationalrat die Ecopop-Initiative für gültig erklärt, somit kann das Volk voraussichtlich im November 2014 über die Initiative befinden. Die Mehrheit sah die Einheit der Materie gewahrt. Beide Räte empfehlen die Initiative zur Ablehnung.



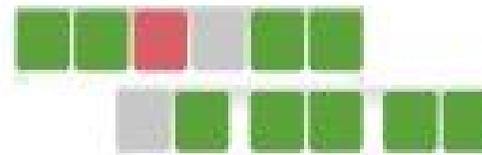
# Die grosse Mehrheit lehnt die ECOPOP-Initiative ab – Lediglich drei SVPler unterstützen diese

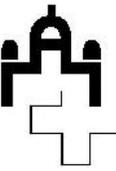


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**98** %





# Mit dem neuen Bürgerrechtsgesetz hat das Parlament gewisse Mindeststandards für Einbürgerungen gesetzt

## Worum es geht

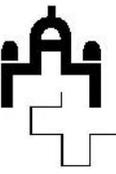
- Das Bürgerrechtsgesetz wird einer Totalrevision unterzogen. Nebst der Vereinfachung und Harmonisierung der Einbürgerungsverfahren sowie der Angleichung des Integrationsbegriffs an das Ausländerrecht will der Bundesrat grundsätzliche Neuerungen einführen.
- So beispielsweise die Niederlassungsbewilligung als Voraussetzung für die ordentliche Einbürgerung, die Herabsetzung der Aufenthaltsdauer von bisher zwölf Jahren auf neu acht Jahre oder die Harmonisierung der kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen.

## Position der SVP

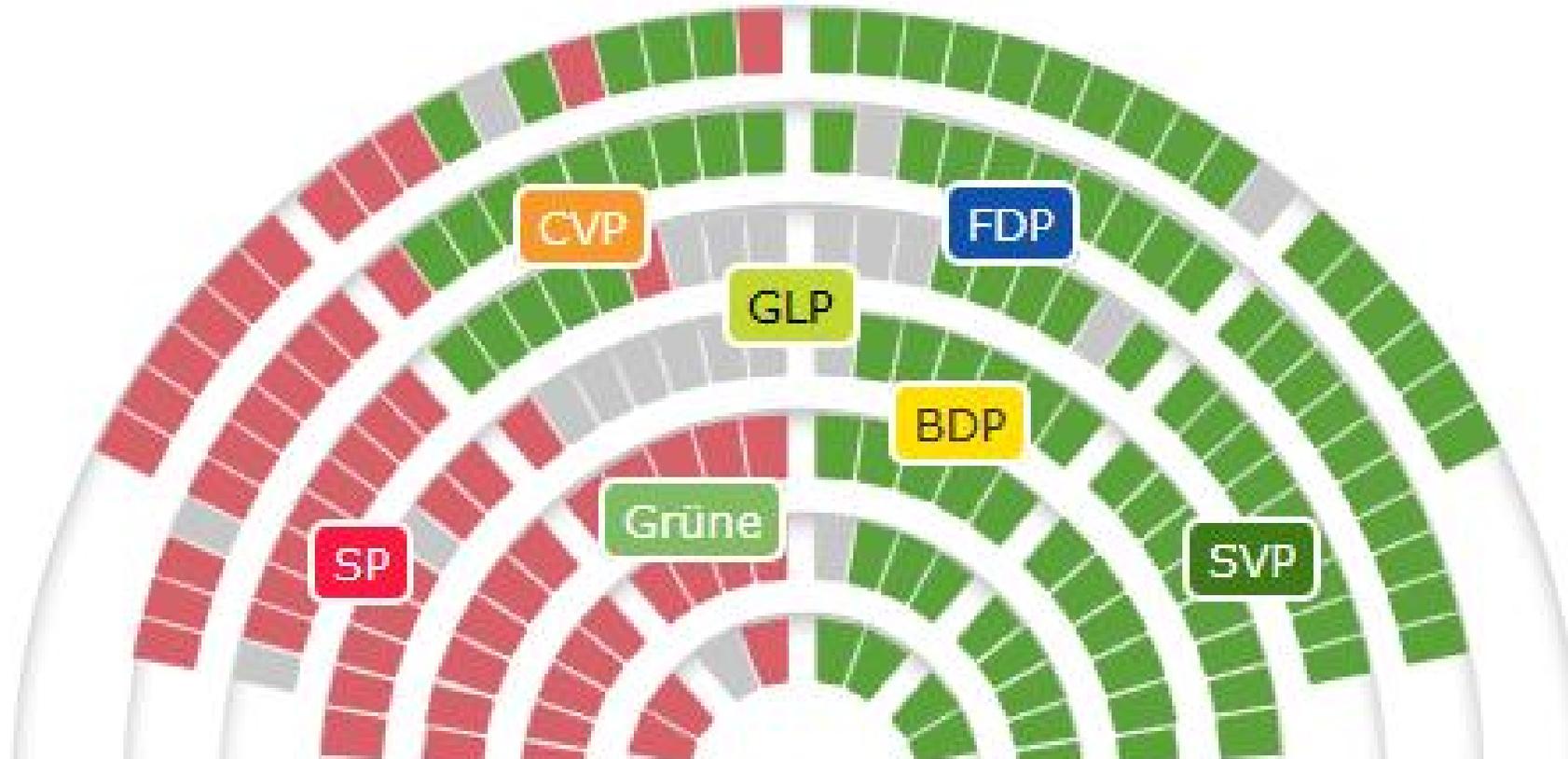
- Die SVP lehnte zahlreiche Vorschläge des Bundesrats ab, wie z.B. die Reduktion der Aufenthaltsdauer von bisher zwölf Jahren auf neu acht Jahre.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat und der Ständerat haben bei der Bürgerrechtsrevision den Antrag der Einigungskonferenz angenommen und die Vorlage am Freitag in der Schlussabstimmung auch verabschiedet. Wer den roten Pass will, muss künftig über eine Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung) verfügen und gut integriert sein - die öffentliche Ordnung achten, die Werte der Verfassung anerkennen, erwerbstätig sein und sich mündlich und schriftlich in einer Landessprache verständigen können.
- Entgegen dem Willen der SVP wurde die Mindestaufenthaltsdauer von heute zwölf auf zehn Jahre gesenkt. Die Jahre, die Jugendliche zwischen dem 8. und dem 18. Lebensjahr in der Schweiz verbracht haben, werden doppelt gerechnet, die vorläufige Aufnahme zählt dagegen nur halb. Aufgrund der restlichen Verschärfungen hat sich am Schluss aber auch die SVP hinter die Vorlage gestellt. Die SP prüft, ob sie gegen die Vorlage das Referendum ergreifen will.



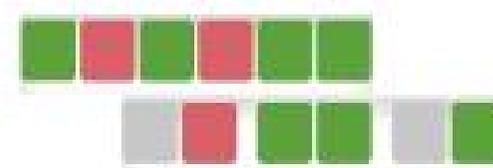
# Fast alle Nationalräte hielten an einer Aufenthaltsdauer von 10 statt 8 Jahren fest, um ein Einbürgerungsgesuch stellen zu dürfen

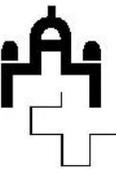


Nationalrat

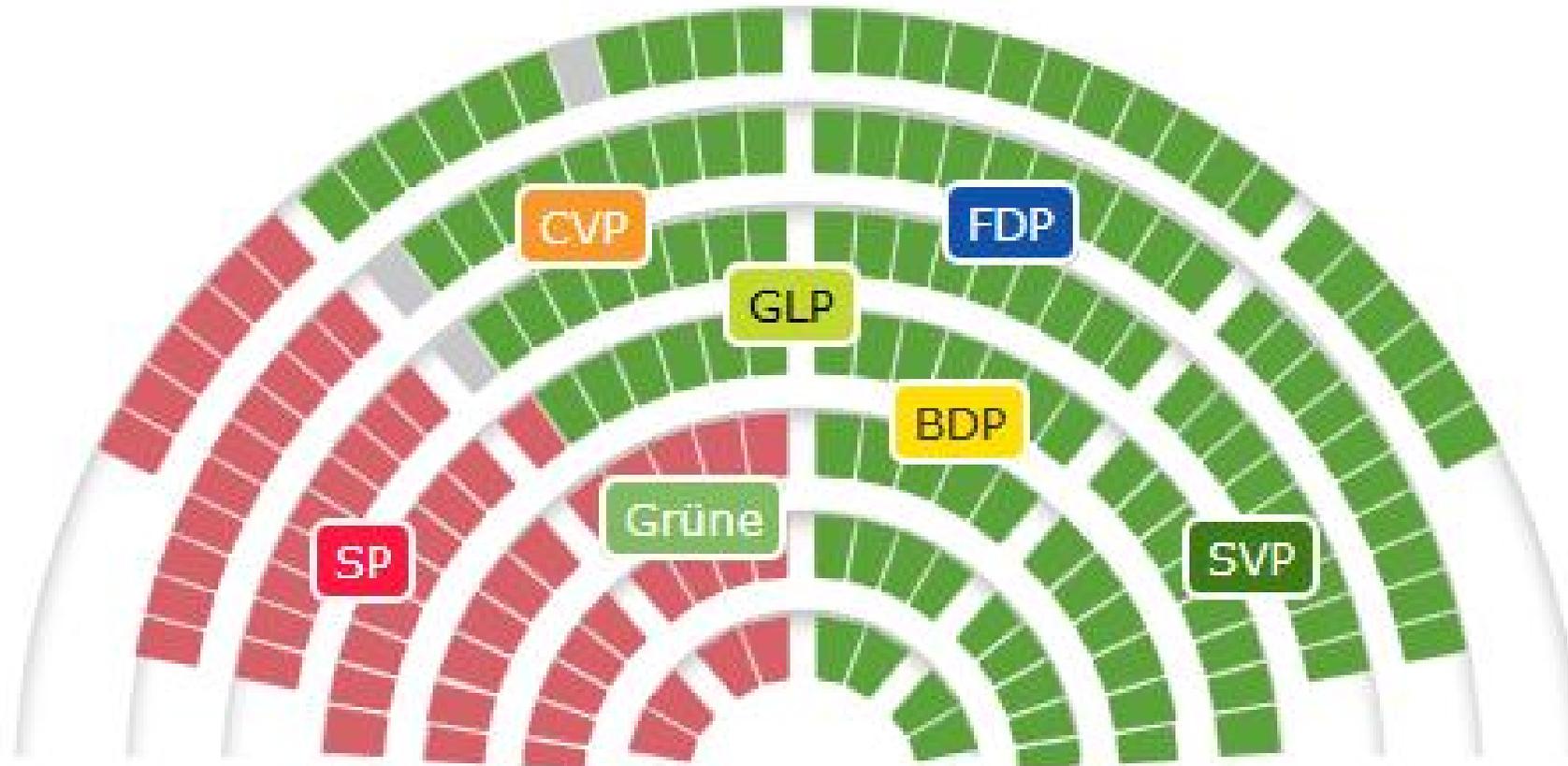
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**64 %**





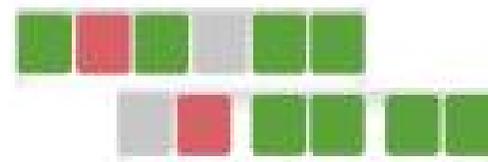
# Einzig die Linke lehnte das revidierte Bürgerrechtsgesetz ab – Die SVP sah unter dem Strich mehr Vor- als Nachteile

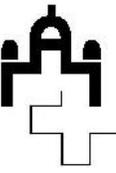


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**69** %





# Aufgrund des Drucks gewisser politischer Kreise soll ein neues Auslandschweizergesetz eingeführt werden

## Worum es geht

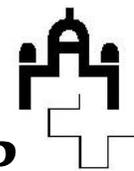
- Ständerat und Nationalrat wollen Rechte und Pflichten von Auslandschweizern in einem neuen Gesetz bündeln.
- Auslandschweizer sollen sich nicht mehr bei einer Botschaft oder einem Konsulat anmelden müssen. Tun sie das aber, sollen sie auch Eintrag im Stimmregister der für sie zuständigen Gemeinde finden. Bisher mussten sie sich zweimal registrieren lassen.
- Zudem soll im neuen Gesetz auch festgelegt werden, dass das EDA kann mit den Institutionen Leistungsvereinbarungen abschliessen kann, in welchen die Rechte und Pflichten der Institutionen und die finanzielle Unterstützung des Bundes festgelegt wird.

## Position der SVP

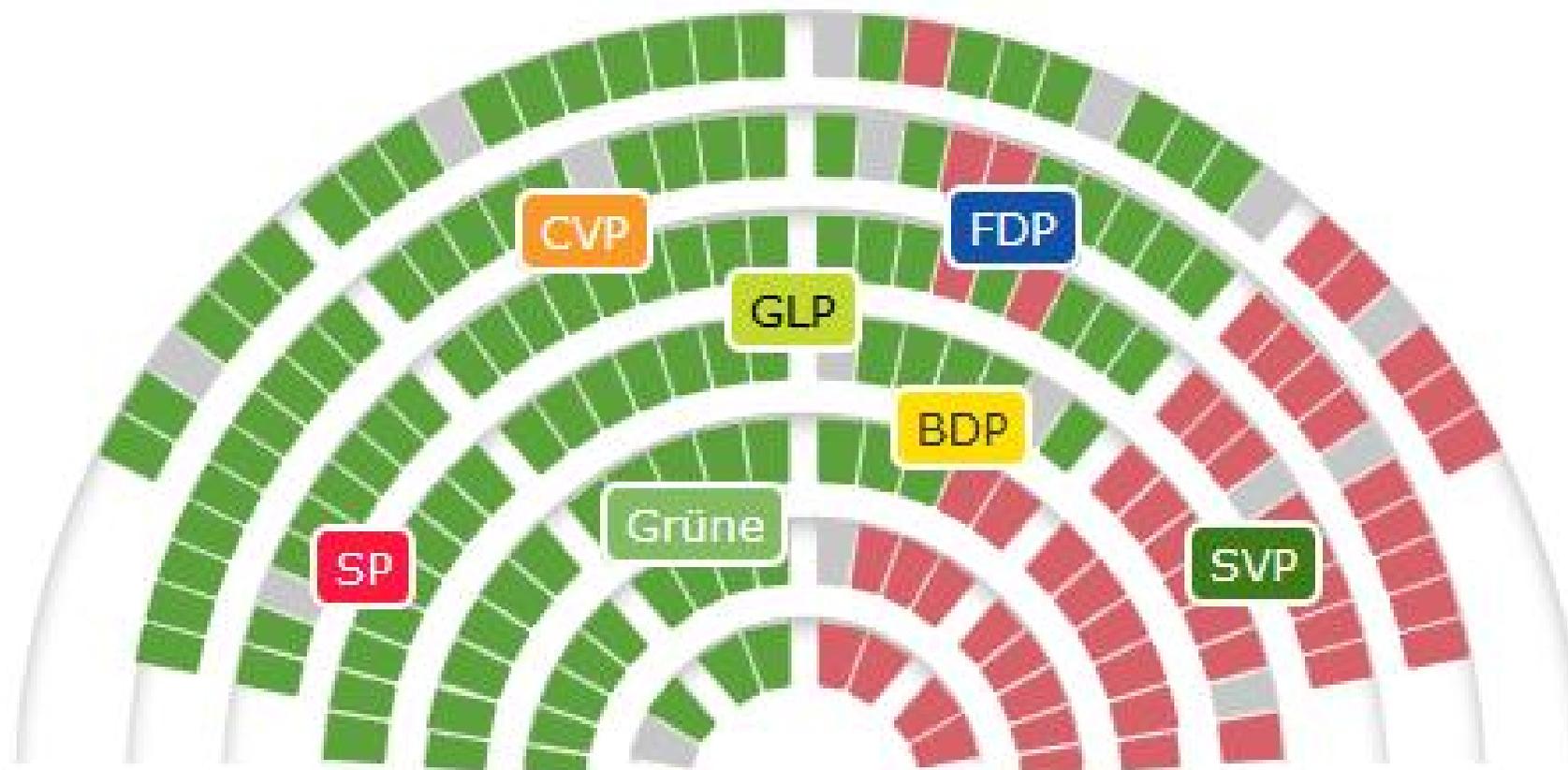
- Die SVP lehnt das neue Auslandschweizergesetz ab. Hans Fehr (SVP/ZH) sprach von einer überflüssigen "Lex Lombardi". Wo alles funktioniere, müsse niemand Gesetze machen.

## Ergebnis in den Räten

- Gegen den Widerstand trat der Nationalrat auf die Vorlage ein. Weitergehend als der Ständerat fügte der Nationalrat ebenfalls die Auslandschweizer-Organisation (ASO) ausdrücklich ins Gesetz ein, was der Ständerat nicht getan hatte. Diese soll „einen Auslandschweizerrat bestellen, der die Auslandschweizergemeinschaft repräsentiert und der dafür demokratisch gewählt wird.“
- Mit diesen und anderen Differenzen geht das neue Auslandschweizergesetz, zurück an den Ständerat.



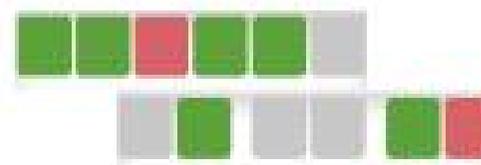
# Die Verankerung des Auslandschweizerrates lehnte nur die SVP und einige FDPler ab

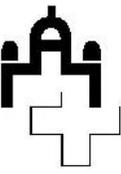


Nationalrat

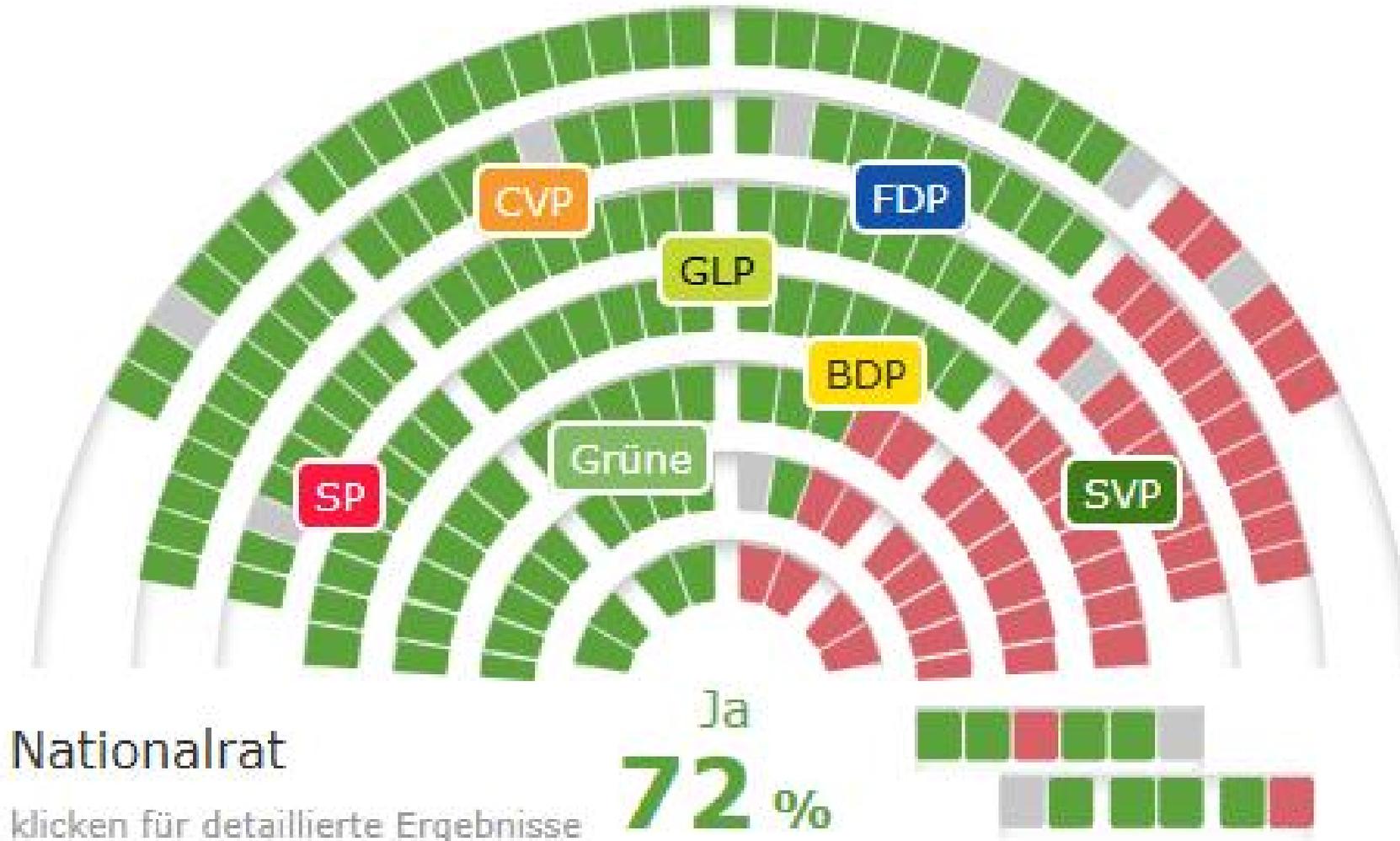
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

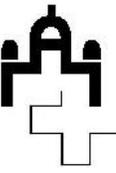
Ja  
**69 %**





Bei der Gesamtabstimmung befürworteten alle Parteien ausser die SVP die Verabschiedung dieses neuen Gesetzes





# Die Bundesverwaltung soll mit Globalbudgets gesteuert werden, was die SVP als weitere Machtkonzentration der Exekutive wertet

## Worum es geht

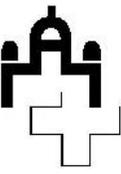
- Mit dem Neuen Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) soll die Haushaltssteuerung weiter verbessert werden, in dem die Finanzplanung und Budgetierung stärker auf Leistungen und auf Wirkungen fokussiert wird. Dadurch soll die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit in der Bundesverwaltung verbessert werden. Mit jährlichen Leistungsvereinbarungen zwischen Departement und Amt sollen die politischen und betrieblichen Zielsetzungen besser verknüpft und umgesetzt werden.

## Position der SVP

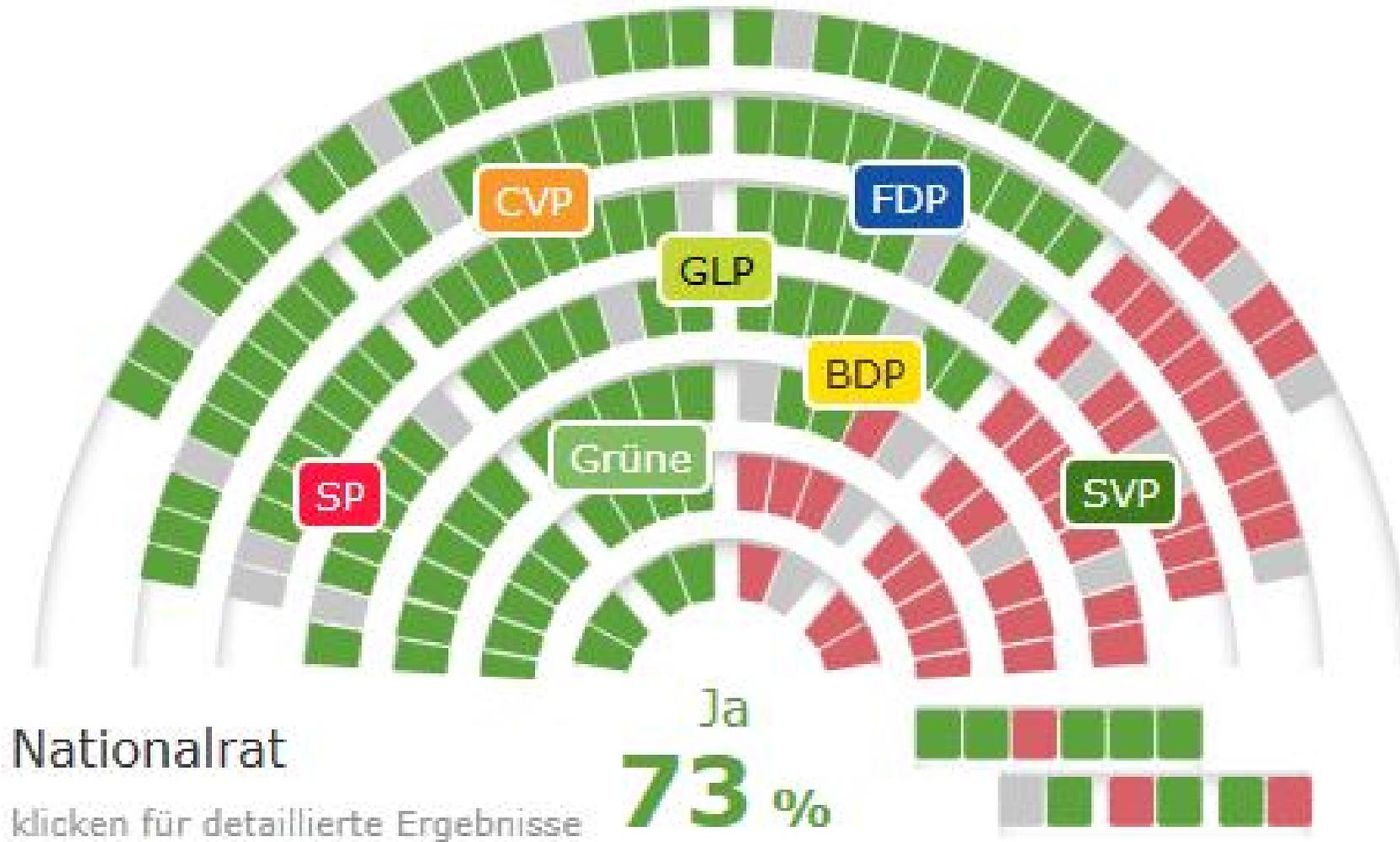
- Die SVP befürchtet, dass mit NFB die Macht der Bundesverwaltung und des Bundesrats stark zulasten des Parlaments ausgedehnt wird. Werden heute im Budget und in der Rechnung relativ detailliert einzelne Ausgabenpositionen ausgewiesen, so soll in Zukunft mit sogenannten Globalbudgets gearbeitet werden.
- In Zukunft wird das Parlament nur noch in globo über finanzielle Ausgabenpositionen informiert, während es mit unzähligen, oft nichtssagenden Wirkungs- und Leistungszielen überflutet wird. Statt zuerst das bestehende FLAG-Globalbudgetsystem zu verbessern und bekannte Mängel zu beheben, wählt der Bundesrat ein radikales Vorgehen, bei welchem schlussendlich insbesondere das Parlament als Verlierer dastehen wird.

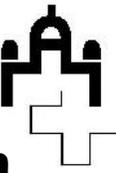
## Ergebnis in den Räten

- Gegen den Widerstand trat der Nationalrat auf die Vorlage ein und stimmten dieser zu. In einigen kleinen Bereichen konnten leichte Anpassungen vorgenommen werden, wie z.B. bei der Einführung eines Management-Information-Systems oder der bessere Stellung der Finanzkommission. Die Einführung des Verordnungsvetos scheiterte knapp. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



# Einzig die SVP lehnte die Einführung des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (NFB) ab





# Der Nationalrat will Bargeldzahlungen von über 100'000 Franken nicht verbieten, aber das Steuerstrafrecht verschärfen

## Worum es geht

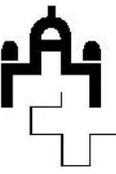
- Die Änderungsvorschläge des Bundesrats betreffen sieben Themenbereiche:
  1. Transparenz der juristischen Personen und der Inhaberaktien (Zugang der Behörden zu den Informationen über die Aktionäre und den Personen, die eine juristische Person letztendlich kontrollieren).
  2. Verschärfung der Pflichten der Finanzintermediäre bei der Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen.
  3. Ausdehnung des bisherigen Begriffs der politisch exponierten Personen (PEP).
  4. Qualifizierung von schweren Steuerdelikten als Vortaten zur Geldwäscherei.
  5. Verbot der Barzahlung bei Kaufgeschäften sowohl bei Fahrnis- als auch bei Grundstückkäufen von mehr als 100'000 Franken.
  6. Stärkung der Wirksamkeit des Verdachtsmeldesystems (MROS).
  7. Gezielten Sanktionen im Bereich der Terrorismusfinanzierung.

## Position der SVP

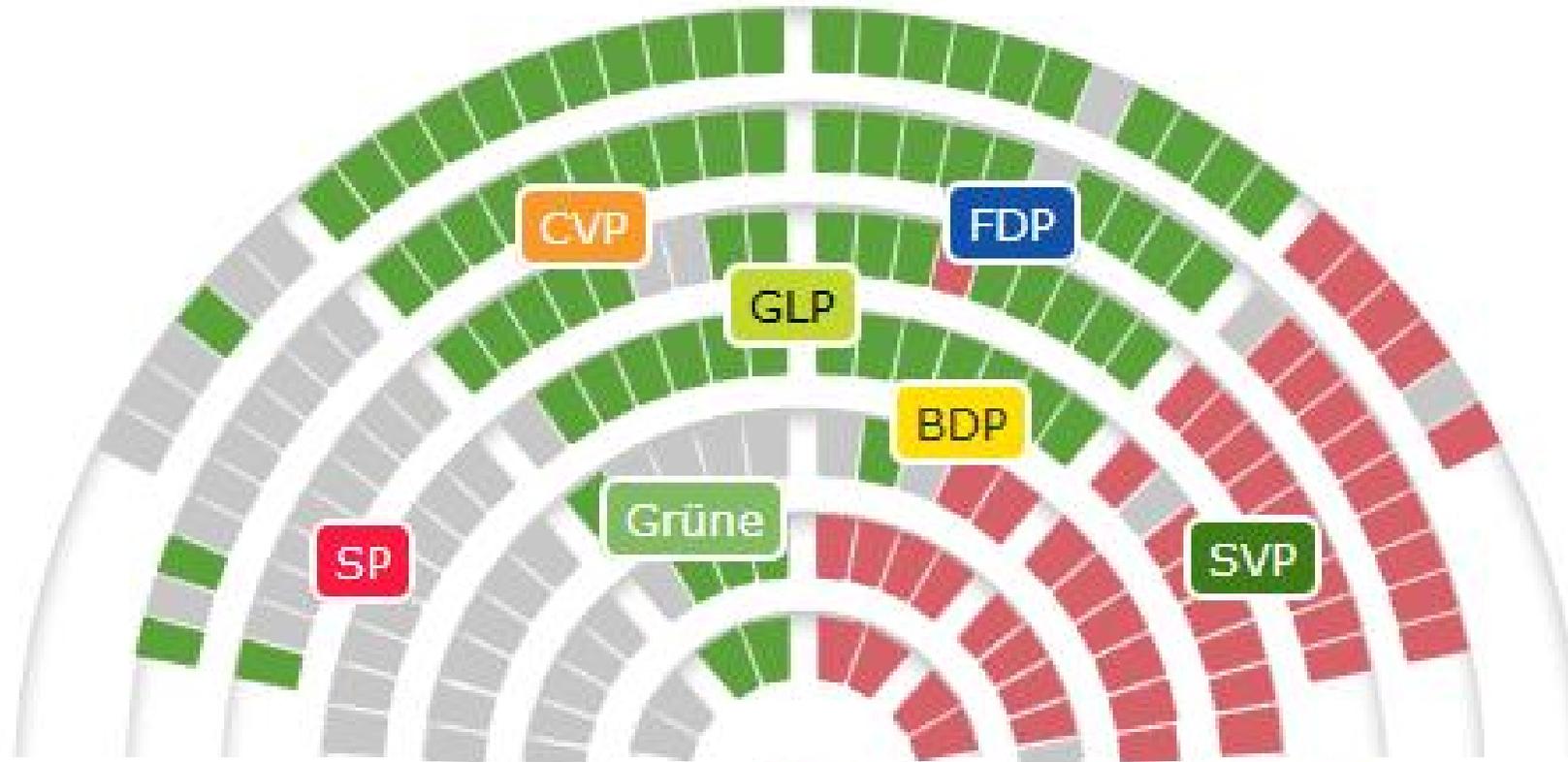
- Die SVP lehnt diese bürokratische Vorlage ab. Klar nein sagt sie auch zur Einschränkung des Bargeldverkehrs und zur Verschärfung des Steuerstrafrechts.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat der Vorlage entgegen dem Willen der SVP zugestimmt, wenn auch in einer abgeschwächteren Version als dies der Bundesrat wollte: Der Nationalrat will weder Bargeldzahlungen über 100'000 CHF verbieten noch Inhaberaktien indirekt abschaffen. Auch bei den Steuerdelikten, die neu als Vortaten zur Geldwäscherei gelten sollen, ist er von der Bundesratslinie abgewichen.
- Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat, welcher ursprünglich wollte, dass Bargeldzahlungen von über 100'000 CHF für sämtliche Kaufverträge verboten werden.



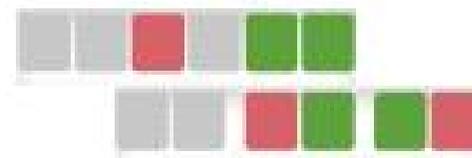
Während die SVP die Vorlage grundsätzlich ablehnte, enthielt sich die Linke aus taktischen Gründen der Stimme

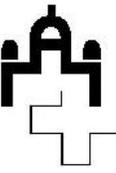


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**61** %





# Neu macht es für die Unterhaltszahlungen keinen Unterschied mehr, ob der Vater eines Kindes mit der Mutter verheiratet war

## Worum es geht

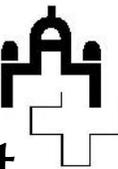
- Zur Stärkung des Unterhaltsanspruchs des Kindes schlägt der Bundesrat vor, im Gesetz den Grundsatz zu verankern, dass die Unterhaltspflicht gegenüber einem minderjährigen Kind Vorrang vor den übrigen familienrechtlichen Unterhaltspflichten hat.
- Darüber hinaus soll jedes Kind Anspruch auf einen Unterhaltsbeitrag haben, der sich nicht auf die Deckung seines Barbedarfs beschränkt, sondern auch gewährleistet, dass es von der bestmöglichen Betreuung profitieren kann, sei es durch Dritte (z. B. eine Tagesmutter oder eine Krippe) oder durch die Eltern selbst. So werden die Kosten für die Kinderbetreuung durch den betreuenden Elternteil bei der Bemessung des Unterhaltsbeitrags für das Kind berücksichtigt. Die Stellung des Kindes wird auch in familienrechtlichen Verfahren gestärkt.

## Position der SVP

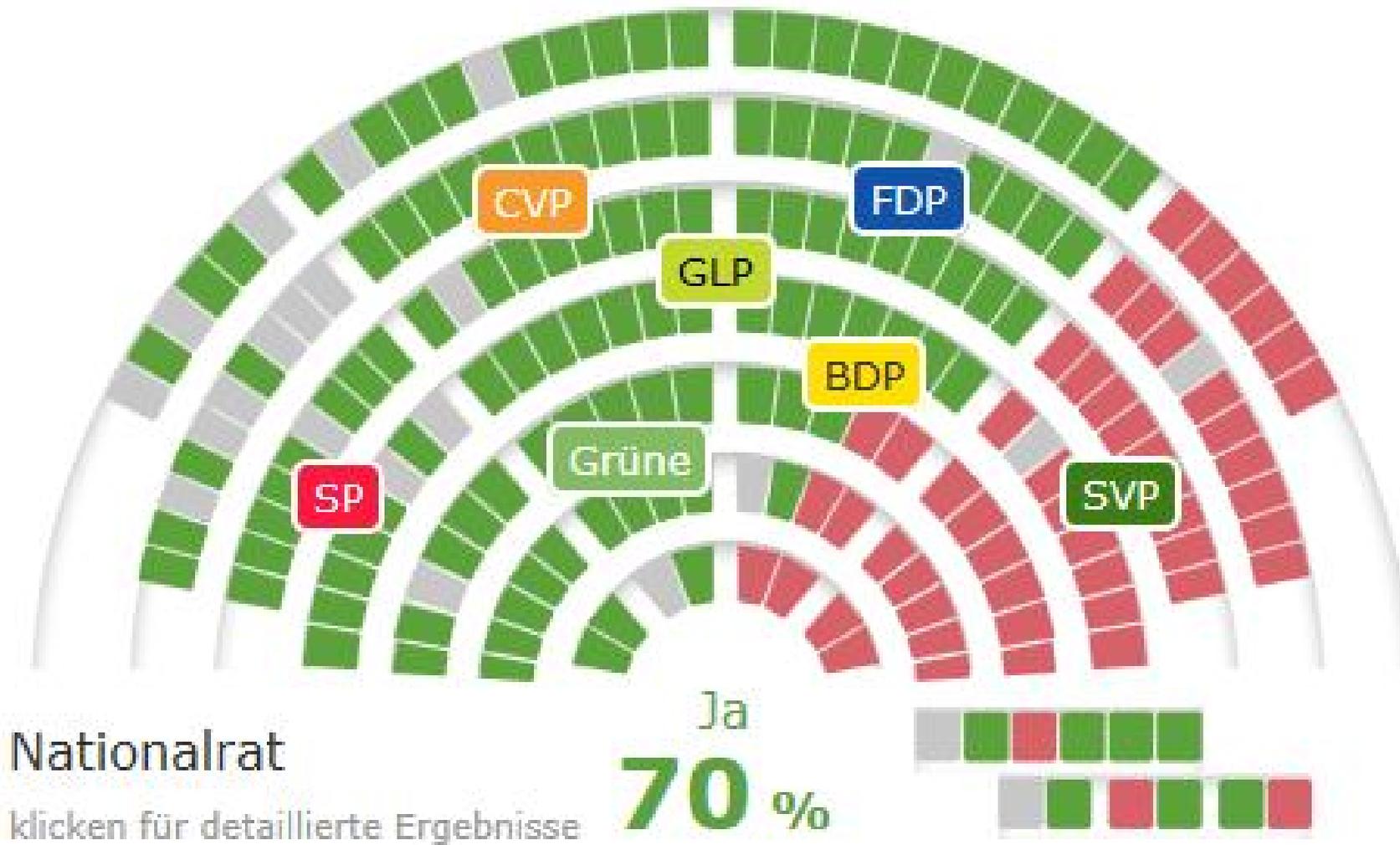
- Die SVP stellt sich gegen die Vorlage, da damit die Familie als Institution in Frage gestellt wird. Ausserdem überlassen die neuen Regeln zu vieles den Gerichten.

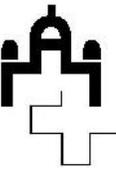
## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat die ZGB-Änderungen gutgeheissen, dass die Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt die gleichen Rechte haben wie jene verheirateter Eltern. Dies bedeutet, dass ledige Väter neue Pflichten auferlegt werden.
- Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



# Alle Parteien ausser SVP befürworteten das neue Unterhaltsrecht, welches für ledige Väter eine signifikante Verschlechterung bringt





# Die Möglichkeit zur genetischen Untersuchung von Embryonen wurde mit der Präimplantationsdiagnostik-Vorlage ausgeweitet

## Worum es geht

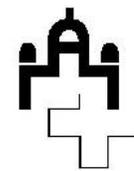
- Die Präimplantationsdiagnostik (PID) ist ein medizinisches Verfahren, mit dem im Rahmen einer künstlichen Befruchtung Embryonen genetisch untersucht werden, bevor sie in die Gebärmutter eingebracht werden. Liegen die Informationen über die genetische Veranlagung vor, besteht die Möglichkeit zu entscheiden, ob die einzelnen Embryonen auf die Mutter übertragen oder aber ausgesondert werden sollen. Der zentrale Zweck dieser Technik besteht darin sicherzustellen, dass das zukünftige Kind nicht unter einer bestimmten, genetisch bedingten Erkrankung, deren Veranlagung die Eltern tragen, leiden wird.
- Vor diesem Hintergrund will die Vorlage die PID zwar zulassen, aber nur in einem engen Rahmen und unter restriktiven Bedingungen. Die PID darf nur angewendet werden, wenn sich die konkrete Gefahr anders nicht abwenden lässt, dass das Elternpaar in eine unzumutbare Situation gerät, weil das zu zeugende Kind mit grosser Wahrscheinlichkeit an einer schweren erblichen Erkrankung leiden wird.

## Position der SVP

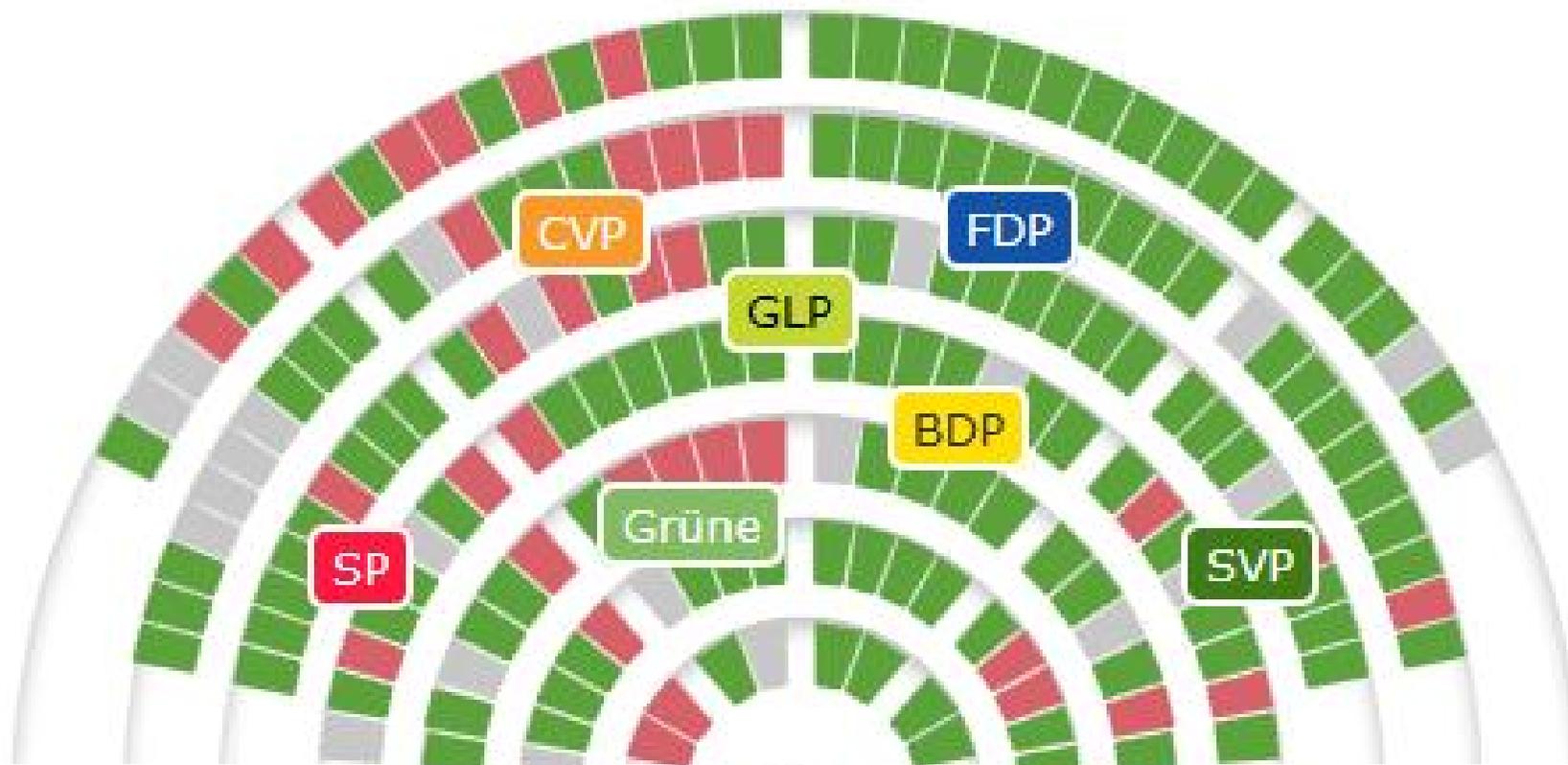
- Die SVP war bei der Frage der Präimplantationsdiagnostik (PID) nicht geschlossen, da sowohl religiöse, als auch wissenschaftliche Argumente ins Feld geführt wurden.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat sich für die Zulassung der PID ausgesprochen. Im Reagenzglas gezeugte Embryos sollen vor der Einpflanzung in den Mutterleib untersucht werden dürfen. Während der Ständerat aber nur Tests bei einer Veranlagung der Eltern für schwere Erbkrankheiten zugestimmt hat, will der Nationalrat auch das so genannte Aneuploidie-Screening zulassen. Dabei werden Embryos auf numerische Chromosomenstörungen untersucht. Retterbabys, d.h. die Zeugung von Embryos für einen bestimmten Zweck, sind jedoch auch für die grosse Kammer jenseits der roten Linie.



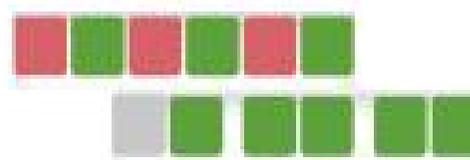
# Stimmen aus CVP, SVP und den Grünen plädierten für eine restriktivere Anwendung der Präimplantationsdiagnostik

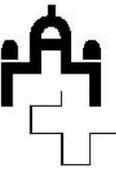


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**78** %





# Die Verteilung der Mittel aus dem Infrastrukturfonds sorgt jeweils für regionalpolitische Verteilungskämpfe

## Worum es geht

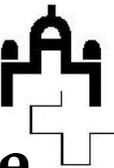
- Mit dem Infrastrukturfondsgesetz stellt der Bund während 20 Jahren 20,8 Milliarden Franken aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) für eine effiziente und umweltverträgliche Bewältigung der erforderlichen Mobilität bereit. Für die Engpassbeseitigung mittels Fahrstreifenergänzungen an bestehenden Nationalstrassen sind 5,5 Milliarden Franken reserviert. Der Bundesrat schlägt vor, für drei weitere Projekte zur Engpassbeseitigung mit einem Investitionsvolumen von 995 Millionen Franken die finanziellen Mittel frei zu geben.

## Position der SVP

- Aus dem Infrastrukturfonds stehen während 20 Jahren 6 Milliarden Franken für die Mitfinanzierung von Verbesserungen der Verkehrsinfrastrukturen in Städten und Agglomerationen bereit. Die noch zur Verfügung stehenden rund 1,93 Milliarden Franken werden vom Bundesrat für die Mitfinanzierung der Massnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis eingesetzt.
- Die SVP befürwortet die Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz, lehnt die Massnahmen beim Agglomerationsverkehr jedoch ab.

## Ergebnis in den Räten

- Weitere Engpässe im Nationalstrassennetz sollen beseitigt werden. Geplant sind Ausbauten im Umfang von rund einer Mrd. CHF. Im Zentrum stehen Andelfingen-Winterthur, Genf Flughafen-Le Vengeron und Luterbach-Härkingen (BE/SO).
- Der Nationalrat hat am Montag entgegen dem Willen der SVP grünes Licht gegeben, dass der Bund ab dem Jahr 2015 insgesamt 1,69 Mrd. CHF für Agglomerationsprojekte freigeben kann. Er nahm zwei weitere Projekte im Programm auf - Interlaken und Chablais - und erhöhte den Betrag für die Region Basel.

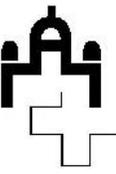


# Beim Agglomerationsverkehr werden grundsätzlich jene Projekte mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis berücksichtigt

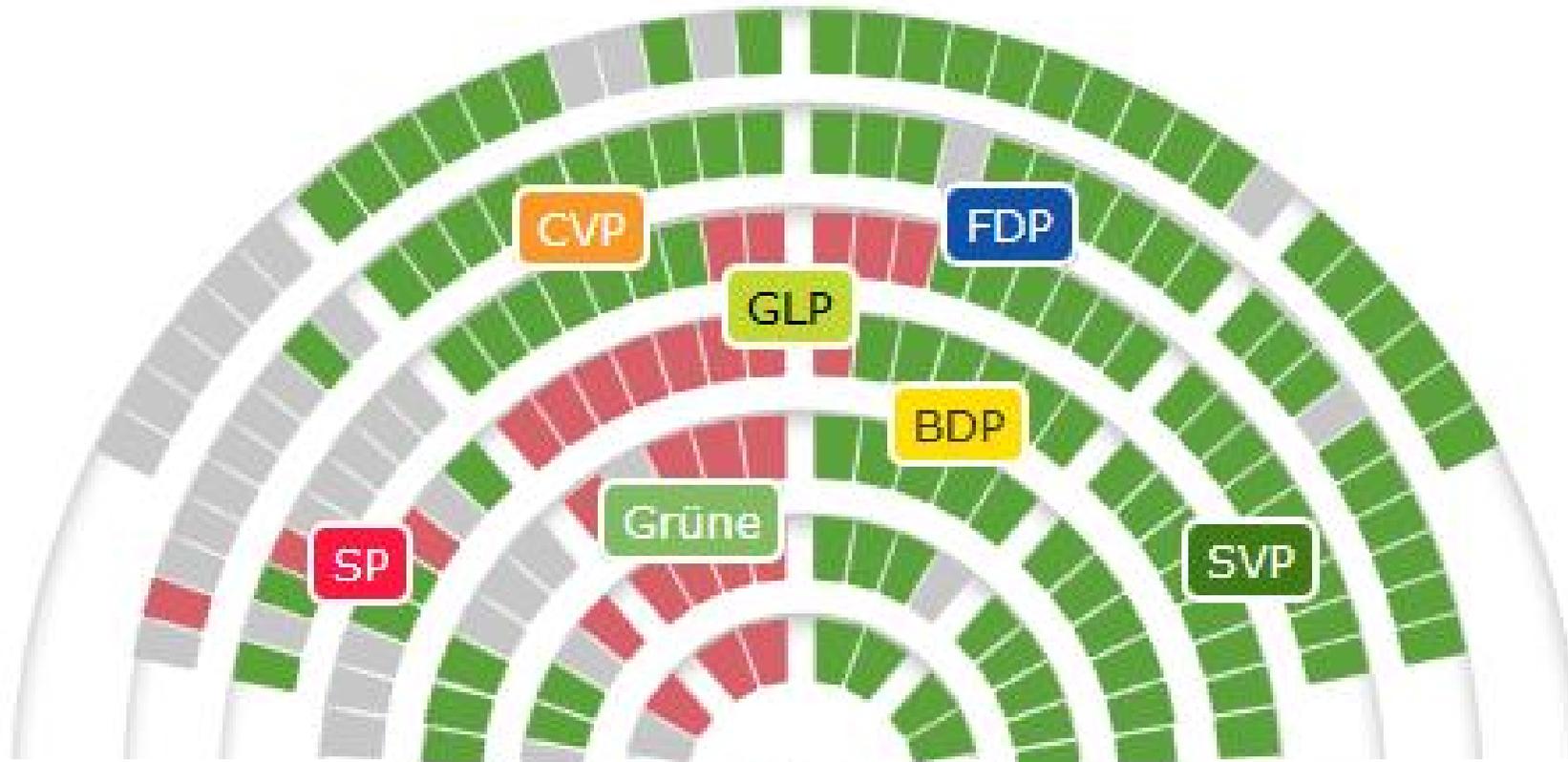
Engpass (Nationalstrasse / Kanton / Projekt)	Investitionen in Mio. Fr.			
	Freigegeben	Früher freigegeben	Gesperrt	Total Kredit
N1 / GE / Genf Flughafen–Le Vengeron	50			
N1 / BE-SO / Luterbach–Härkingen	660			
N4 / ZH / Andelfingen–Winterthur	285			
N1 / VD / Engpass Crissier, Phase 1	40	120		

Agglomerationsprogramm	Beitragssatz Bund [%]	Höchstbeitrag [Angaben in Mio. Fr.]
Zug	35	20,50
Fribourg	40	23,24
Aareland	40	58,52
Solothurn	35	18,84
Basel	35	84,94
Schaffhausen	40	24,94
St. Gallen-Arbon-Rorschach	40	78,85
Werdenberg-Liechtenstein	35	7,80
Obersee	40	29,07
Wil	40	23,98
Chur	40	10,93
Aargau-Ost	35	49,11
Frauenfeld	35	9,52
Kreuzlingen-Konstanz	35	5,27
Bellinzona	40	18,60
Locarno	40	11,66
Lugano	35	31,23
Mendrisiotto	35	9,85
Lausanne-Morges	35	185,48
Yverdon	35	10,94
Brig-Visp-Naters	35	20,42
Sion	40	29,25
RUN (Réseau urbain neuchâtelois)	30	16,63
Grand Genève (Projet franco-valdo-genevois)	40	204,07
Delémont	35	4,80
<b>Total</b>		<b>1681,32</b>

Agglomerationsprogramm	Beitragssatz Bund [%]	Höchstbeitrag [Angaben in Mio. Fr.]
Zürcher Oberland	40	33,02
Winterthur	40	109,81
Zürich Glatttal	35	92,92
Limmattal	35	82,91
Langenthal	35	11,89
Bern	35	304,62
Biel/Bienne	30	5,76
Burgdorf	40	5,74
Thun	35	10,42
Luzern	35	32,26
Nidwalden	40	3,53



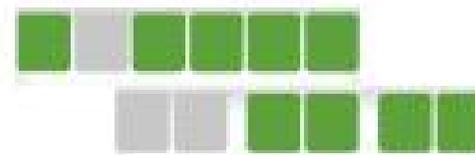
# Bei der Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz stimmten einzig die Grünen und die glp gegen die Vorlage

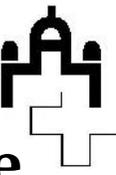


Nationalrat

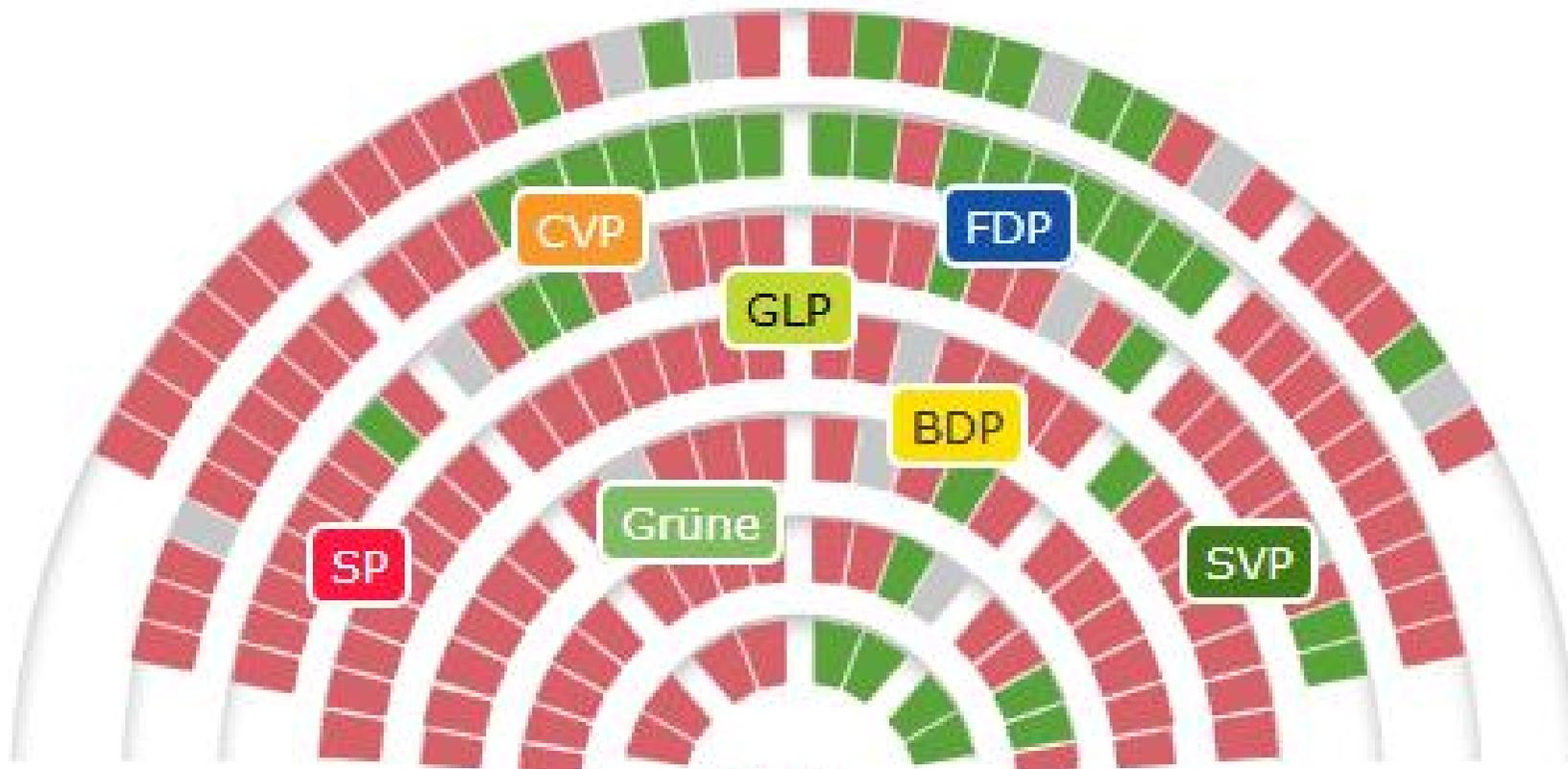
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**82** %





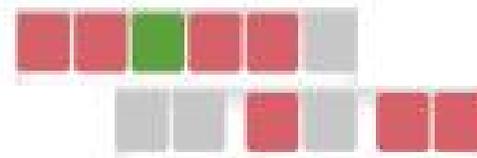
# Beim Agglomerationsverkehr weitete der Nationalrat die Vorlage aus und bewilligte eine Umfahrungsstrasse für Interlaken

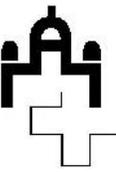


Nationalrat

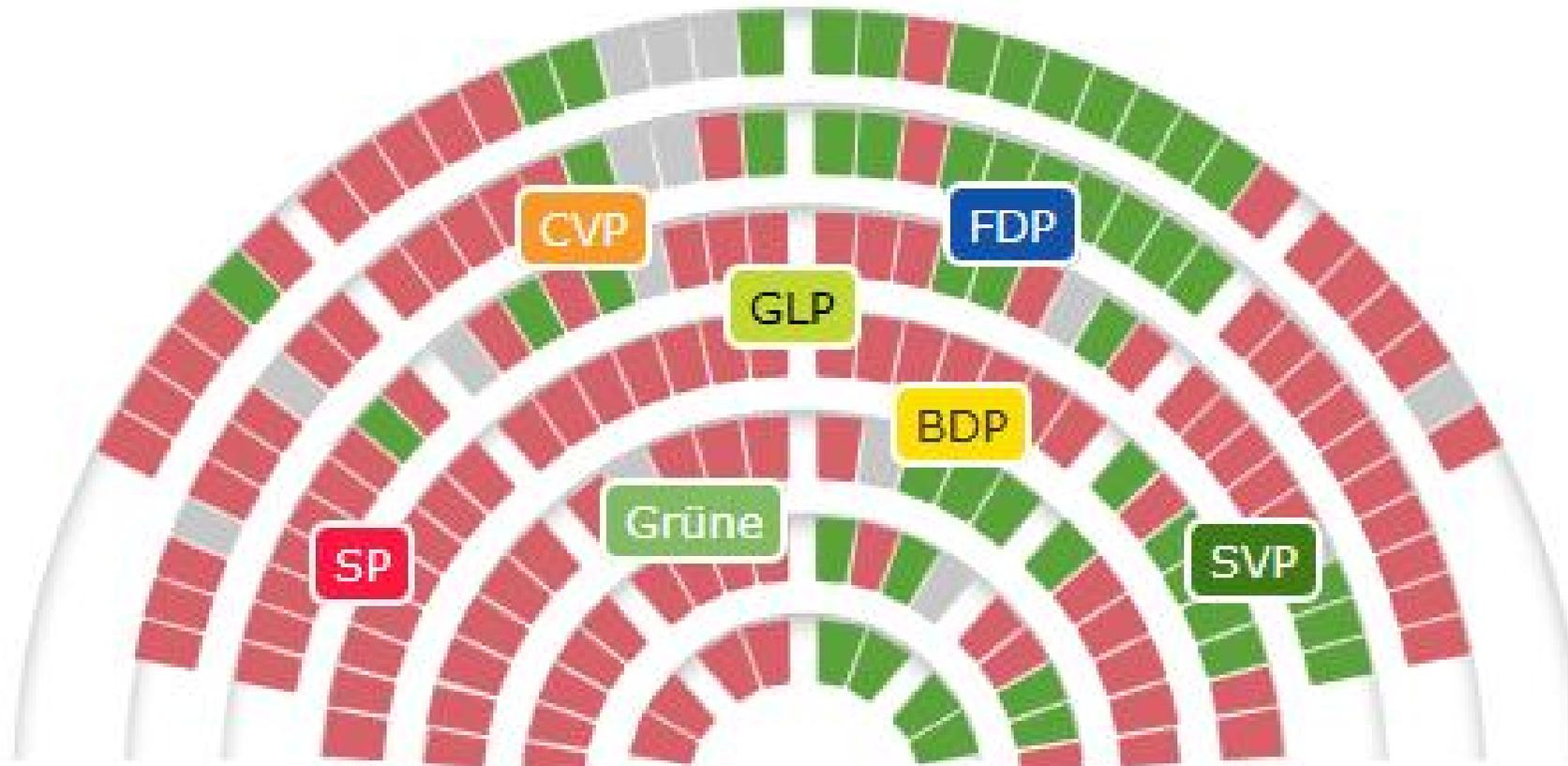
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Nein  
**77 %**





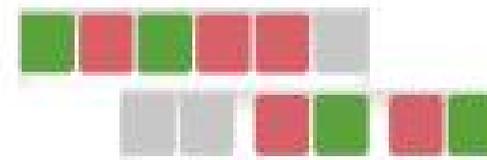
# Und in Basel wurde zusätzlich der Tram-Doppelspurausbau „Spiesshöfli“ in Binningen in die Vorlage aufgenommen

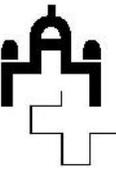


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Nein  
**70 %**





## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/5)

### Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)

- National- und Ständerat empfehlen Volk und Ständen, die Initiative "Rettet unser Schweizer Gold" (Goldinitiative) abzulehnen. Mit dem Volksbegehren wollen SVP-Exponenten der Schweizerischen Nationalbank (SNB) strenge Regeln auferlegen: Die SNB soll mindestens 20 Prozent der Aktiven in Gold halten müssen, Goldreserven sollen nicht verkauft werden dürfen und alles Gold soll in der Schweiz gelagert werden. Der Ständerat hatte die Initiative ohne Gegenstimme abgelehnt, der Nationalrat sprach sich mit 129 zu 20 Stimmen bei 25 Enthaltungen dagegen aus.

### Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

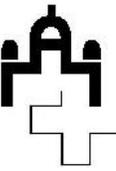
- Die eidgenössischen Räte lehnen die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung (13.057) ab. Nach dem Ständerat hat sich am Dienstag auch der Nationalrat gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Die SVP-Fraktion hat die Initiative einstimmig abgelehnt.

### Erbschaftssteuerinitiative

- Der Ständerat will die Frage nach der Gültigkeit der Erbschaftssteuerinitiative genauer unter die Lupe nehmen und die Initiative daher mit 25 zu 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen an seine Wirtschaftskommission zurückgewiesen.

### Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen

- Der Nationalrat hat eine CVP-Initiative zur Ablehnung empfohlen, die Kinder- und Ausbildungszulagen für steuerfrei erklären will. Nach einer langen Debatte sprach er sich mit 131 zu 39 Stimmen gegen das Begehren aus. Neben der CVP hatten nur einige SVP-Nationalräte die Initiative unterstützt. Auch ein Gegenvorschlag blieb chancenlos. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/5)

### Ausdehnung der Lex Koller

- Der Ständerat hat zwei Motionen von Jacqueline Badran (SP/ZH) abgelehnt, welche forderte, dass ausländische Investoren in der Schweiz keine Gewerbeliegenschaften erwerben und sich an Immobiliengesellschaften beteiligen dürften. Der Nationalrat hatte die Motionen zur Ausdehnung der Lex Koller oppositionslos angenommen. Justizministerin Sommaruga kündigte ihrerseits Pläne für eine Revision der "Lex Koller" an.

### Karenzfrist für Bundesräte

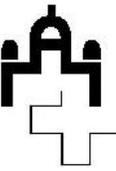
- Der Nationalrat besteht darauf, dass ehemalige Bundesräte während zwei Jahren keine bezahlten Mandate von Unternehmen mehr annehmen dürfen. Er hiess zwei Parlamentarische Initiativen zum Mandatsverbot am Montag mit 101 zu 74 Stimmen bei 8 Enthaltungen bereits zum zweiten Mal gut. Dennoch dürfte die "Lex Leuenberger" scheitern - der Ständerat wehrt sich gegen eine Regulierung. Lehnt er die Wartefrist zum zweiten Mal ab, ist das Projekt vom Tisch.

### Lebensmittelgesetz

- Der Nationalrat ist beim Lebensmittelgesetz auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt und hat sich gegen eine schärfere Deklarationspflicht für Rohstoffe bei verpackten Lebensmitteln ausgesprochen. Unter dem Eindruck des Pferdefleischskandals hatte der Nationalrat zunächst gefordert, dass die Lebensmittelhersteller die Herkunft jedes Rohstoffs angeben müssen. Nun müssen die Lebensmittelhersteller die Herkunft von Rohstoffen nur dann auf der Etiketle angeben, wenn der Bundesrat dies vorschreibt.

### Kartellgesetz

- Der Ständerat hält an der Revision des Kartellgesetzes fest. Die kleine Kammer hat schon einmal über die Vorlage beraten und diese mit zahlreichen Änderungen auch gutgeheissen. Im Nationalrat fiel diese dann aber durch. Die SVP hält eine Revision für unnötig, Vertreter der Linken fanden unterschiedliche Gründe für die Ablehnung.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/5)

### Heilmittelgesetz

- Die Revision des Heilmittelgesetzes soll den Zugang der Patienten zu Medikamenten vereinfachen, etwa indem Apotheken gewisse rezeptpflichtige Arzneien künftig selber abgeben können. Auf der anderen Seite dürfen Ärzte aber weiterhin gewisse Rabatte mit den Pharmavertretern aushandeln.

### Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich

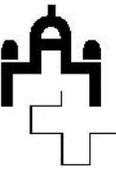
- Weiter hat der Nationalrat am Mittwoch an seinem Nichteintreten zum Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich festgehalten. Neuverhandlungen, wie sie der Ständerat mit einer Rückweisung gefordert hatte, hält er für unrealistisch. Nun ist erneut der Ständerat am Zug. Bleibt er bei seiner Haltung, ist die Rückweisung beschlossen, und der Bundesrat erhält den Auftrag, mit Frankreich neu zu verhandeln.

### Rüstungsprogramm 2014

- Der Ständerat hat am Mittwoch das Rüstungsprogramm 2014 im Umfang von 771 Millionen Franken gutgeheissen. Damit will die Armee neue Geländefahrzeuge, Brückenlegesysteme, Laserschusssimulatoren und Informatikanlagen kaufen. Nicht mitreden will der Ständerat jedoch bei der Ausserdienststellung von Armeematerial, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt.

### Stipendieninitiative

- Wie der Nationalrat lehnt auch der Ständerat die Stipendieninitiative deutlich ab, unterstützt aber entgegen dem Willen der SVP den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates. Über den genauen Inhalt der Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes sind sich die Parlamentskammern aber uneinig. Das Geschäft geht zurück an den Nationalrat.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/5)

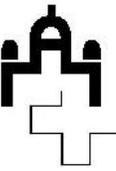
Einführung eines  
elektronischen  
Patienten-  
dossiers

Flugverkehr

Förderung der  
Geothermie

Initiative  
"Energie- statt  
Mehrwertsteuer"

- Der Ständerat unterstützt die Einführung eines elektronischen Patientendossiers. Dieses soll grundsätzlich freiwillig sein: Die Patienten können selber entscheiden, ob sie eine Sammlung von Gesundheitsdaten anlegen möchten. Zudem bestimmen sie, wer auf das Patientendossier zugreifen darf. Krankenkassen und Arbeitgeber sollen keinen Einblick in die Daten erhalten. Auch für Ärzte und andere ambulante Leistungserbringer soll die Einführung freiwillig sein. Die Vorlage geht nun mit einigen Änderungen an den Nationalrat.
- Fluggesellschaften können künftig gebüsst werden, wenn sie Passagiere ohne gültige Reisepapiere in die Schweiz fliegen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat entsprechende Gesetzesänderungen mit Unterstützung der SVP gutgeheissen.
- Der Nationalrat hat als Zweitrat entgegen dem Willen der SVP einem Aktionsplan zur Förderung der Geothermie zugestimmt. Der Ständerat hatte die Forderungen zuvor etwas abgespeckt. Der verlangte Plan umfasst noch zwei Punkte: Exploration und Erforschung von Standorten mit Bohrungen und seismischen Messungen; Entwicklung allgemeiner Richtlinien auf Bundesebene für tiefengeothermische Energieprojekte.
- Der Ständerat will dem Volk die Initiative "Energie- statt Mehrwertsteuer" der glp ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen. Nun muss noch der Nationalrat entscheiden. Die Initiative verlangt, dass die Mehrwertsteuer durch eine Steuer auf der Produktion und der Einfuhr nicht erneuerbarer Energien wie Öl, Gas, Kohle und Uran ersetzt wird. Die neue Energiesteuer soll dabei gleich viel Geld in die Bundeskasse spülen wie die Mehrwertsteuer heute, also über 20 Mrd. CHF.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/5)

### Rücktritt bei Telefonverträgen

- Der Ständerat will Kunden, die voreilig am Telefon oder im Internet einen Vertrag abschliessen, besser schützen. Neu soll für Telefonverträge sowie beim Versand- und Onlinehandel ein Widerrufsrecht von 14 Tagen gelten. Die kleine Kammer begrüsst eine entsprechende Änderung des Obligationenrechts. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

### Freiheitsstrafen statt Geldstrafen

- Das erst 2007 in Kraft gesetzte Sanktionenrecht soll wieder geändert werden. Als Zweitrat hat der Ständerat beschlossen, dass Geldstrafen zur Hälfte unbedingt ausgesprochen werden müssen. Grundsätzlich sollen Geldstrafen aber weiterhin Vorrang haben vor kurzen Freiheitsstrafen. Der Strafvollzug mit elektronischer Fussfessel soll in der ganzen Schweiz möglich werden. Die Vorlage geht mit zahlreichen Differenzen zurück an den Nationalrat. Der SVP geht die Revision zu wenig weit.

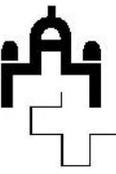
### Revision Radio- und Fernsehgesetz

- Der Ständerat hat am Donnerstag entgegen dem Willen der SVP einer Änderung des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) zugestimmt. Damit muss jeder Schweizer Haushalt und jedes Schweizer Unternehmen künftig Radio- und TV-Gebühren zahlen - unabhängig davon, ob ein Radioapparat oder ein Fernseher vorhanden ist. Befristete Ausnahmen, wie sie der Nationalrat zulassen wollte, hat der Ständerat abgelehnt. Das Geschäft geht nun wieder an den Nationalrat.

### Fantransporte

- Nach jahrelangen erfolglosen Gesprächen zwischen den Fussballklubs und der SBB will der Ständerat eine gesetzliche Lösung für die Fantransporte. Anders als der Nationalrat hat er es abgelehnt, die entsprechende Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Hält der Nationalrat an der Rückweisung fest, geht die Vorlage zurück an den Bundesrat.

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**
  4. Aktualitäten



# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

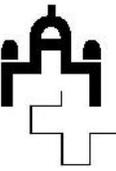
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 8. - 26. September 2014**
- **Wintersession: 24. November - 12. Dezember 2014**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
  - Anmeldung unter [besucherdienst@parl.admin.ch](mailto:besucherdienst@parl.admin.ch) oder 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
  - E-Mail an mich
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  - 4. Aktualitäten**



# Pressekonferenz des Bundesrates vom 20. Juni 2014 zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

## Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative

- Für die SVP ist der heute vom Bundesrat ausgeführte **Fahrplan in Sachen Umsetzung der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“** inakzeptabel.
- Der Bundesrat kündigt **bereits für den Herbst ein Verhandlungsmandat mit der EU** an, während erst Ende Jahr eine Vernehmlassung zur konkreten Umsetzung des Verfassungsartikels eröffnet werden soll. Der Bundesrat bestätigt damit, dass er nicht an einer ernsthaften Umsetzung der Verfassungsbestimmung interessiert ist. Seriöse Verhandlungen mit der EU können erst nach der Klärung der innenpolitischen Umsetzung der Initiative erfolgen. Wer - wie der Bundesrat - nun überstürzt und ohne konsolidierte Vorstellung der Umsetzung mit der EU verhandeln will, ist nicht an einem Ergebnis interessiert. Damit soll bewusst ein „Nein“ aus Brüssel provoziert werden, um danach die Personenfreizügigkeit im Rahmen eines institutionellen Rahmenabkommens wieder vorzulegen.
- Bezüglich des im heute vorgelegten Umsetzungskonzept vorgesehenen Zulassungssystems hat der Bundesrat **verschiedene Punkte aus dem Konzept der SVP aufgenommen**. Dies ist erfreulich. Dennoch gibt es im Hinblick auf die Vernehmlassungsvorlage beträchtlichen Nachbesserungsbedarf, z.B. in Bezug auf die zwingend notwendige Beschränkung des Familiennachzugs und des Zugangs zu den Sozialwerken, damit die Verfassungsbestimmung korrekt und wirkungsvoll umgesetzt werden kann.
- **Für die SVP ist klar: Die Zuwanderung ist effektiv zu begrenzen und zu reduzieren.**

# Initiativen «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» und «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Abstimmung vom 28. September 2014

**Gleiche Produkte, gleich besteuern**

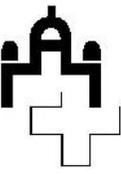


**Schluss mit der  
MWST-Diskriminierung  
des Gastgewerbes!**

[www.schluss-mwst-diskriminierung.ch](http://www.schluss-mwst-diskriminierung.ch)

**Einheitskasse NEIN**





**Haben Sie Fragen?**